



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Bernsdorfer Stadtrat Lutz Härtner tritt zur Bürgermeisterwahl an.....	4
AfD ist sich im Oberland einig	5
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	6
Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt.....	6
SPD-Minister schockt mit Aussage in Regierungsbefragung! – Zwischen-Intervention Karsten Hilse, MdB - AfD-Fraktion im Bundestag	6
Termine Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	6
NEUES von unseren Landtagsabgeordneten	7
SPD-Ministerin verschweigt Linksextremismus und verunglimpft die Oberlausitz	7
Kinder und Jugendliche müssen im digitalen Raum endlich wirksam geschützt werden.....	8
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	9
AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen	9
Nur 5,2% Aufenthalts-Erstanträge von Ukrainern im Landkreis Bautzen abgelehnt!	9
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	11
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	11
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 15.3.2026	11
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2026	13
Jagd nach Tanktouristen ist Gipfel der Unverschämtheit!	13
Investitionen der Kommunen um 277 Millionen Euro gesunken: Baut Straßen, Brücken, Schulen und Turnhallen!.....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2026	14
AfD-Anfrage: Schulen müssen Zusammenarbeit mit linksradikalen Vereinen beenden!	14
CDU-Minister Schuster beschimpft Fußballfans, um vom eigenen Versagen abzulenken!	15



PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.3.2026	16
Arztbesuche arbeitsloser Ausländer kosten Milliarden, aber Deutsche sollen Zahnarzt selbst bezahlen? Unfassbar ungerecht!.....	16
AfD-Anfrage: Nur fünf Prozent der ausländischen Intensivtäter abgeschoben.....	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.3.2026	17
Stasi 2.0? Meldestellen schließen statt neu eröffnen!.....	17
CDU gegen höhere Strafen für Messermänner!	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.3.2026	18
Klein-Söder von Sachsen auf einmal für Mini-AKW: Warum fällt Ihnen das erst jetzt ein?	18
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	19
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	20
Österreich und Italien senken Steuern auf Sprit	20
Umverteilung an nichtdeutsche Leistungsbezieher stoppen: Remigration aus dem Sozialsystem!	20
Wähle Deinen Energie-Experten!	21
Sparmaßnahmen der Krankenkassen – Was wir vorschlagen!.....	21
Sonderschulden zweckentfremdet: Die CDU veruntreut Deine Steuergelder!.....	22
AfD: Weist sie an der Grenze ab und sorgt für Remigration!	23
Welcher Pendler soll das bezahlen, Herr Merz?	23
Wem gehört die Stimme?	24
Eine Migrationswende gibt es nur mit der AfD!	25
2015 darf sich nicht wiederholen: Keine Aufnahme von Asylbewerbern aus dem Iran!.....	25
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	26
Milch-Milliardär Theo Müller: CDU könnte auch mit AfD regieren!	26
Bußgeld für Feuerwehrmann: Bürgermeister von Taucha entzieht Ordnungsamt die Zuständigkeit.....	26
Mehr Geld für Meldeportale: Staatssekretärin Neukirch und Ferda Ataman unterzeichnen Abkommen.....	26
Potsdamer Treffen: Gericht verbietet „Correctiv“ die Kernaussage.....	26
Video-Empfehlungen	26
Informationskanäle der AfD.....	26
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	27



Radio Klartext	27
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	27
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	27
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	27
Regionalgruppen im KV Bautzen	29
SPENDENKONTO	29
KONTAKT:	29

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Bernsdorfer Stadtrat Lutz Härtner tritt zur Bürgermeisterwahl an

Die Bürger von Bernsdorf und seinen Ortsteilen haben bei der kommenden Bürgermeisterwahl am 31. Mai 2026 eine klare personelle Alternative: Lutz Härtner wurde im Rahmen der Aufstellungsversammlung des AfD Kreisverbandes Bautzen am 7.3.2026 als Kandidat für das Bürgermeisteramt in Bernsdorf nominiert. Der 56-jährige Familienvater tritt mit dem klaren Versprechen an, ein „Bürgermeister für alle“ zu sein.



Ein Mann der Tat und des Ehrenamtes -

Lutz Härtner ist in der Gemeinde tief verwurzelt und durch sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement bestens vernetzt. Als langjähriger Kamerad der Freiwilligen Feuerwehr in Wiednitz kennt er

den Wert von Kameradschaft und Einsatzbereitschaft für das Gemeinwohl. Sein Herz schlägt zudem für den Sport: Als erfahrener Fußballtrainer hat er über viele Jahre hinweg Verantwortung für die Jugend übernommen und den Teamgeist in der Region gestärkt.

„Ich kenne Bernsdorf nicht nur aus den Sitzungsprotokollen des Stadtrats, sondern vom Fußballplatz, dem Karnevalsverein, dem Feuerwehrgerätehaus und aus unzähligen Gesprächen in unseren Ortschaften“, so Lutz Härtner. Er ist seit vielen Jahren glücklich verheiratet und stolzer Vater einer Tochter und eines Sohnes. Diese familiäre Bindung motiviert ihn, Bernsdorf als lebenswerte Heimat für alle Generationen zu erhalten.

Eine kraftvolle Stimme für Bernsdorf im Kreis Bautzen - Lutz Härtner betont die strategische Bedeutung seiner Kandidatur für die gesamte Gemeinde. Da die AfD im Kreistag des Landkreises Bautzen die stärkste Kraft darstellt, sieht er sich in der Lage, Bernsdorf auf Kreisebene eine deutlich kraftvollere Stimme zu verleihen.

„Bernsdorf darf im Landkreis nicht länger als Randnotiz für das Erwirtschaften der immer stärker steigenden Kreisumlage wahrgenommen werden. Durch meine Vernetzung und die Stärke meiner Fraktion im Kreistag werde ich sicherstellen, dass unsere Interessen im Kreistag mit dem nötigen Gewicht vertreten werden.“

Fokus auf alle fünf Ortsteile - In seinem Programm nimmt Härtner alle fünf Ortsteile – *Bernsdorf, Wiednitz, Straßgräbchen, Großgrabe und Zeißholz* – gleichermaßen in den Blick. Zu seinen Kernanliegen zählen:

- Verkehrssicherheit:
Sanierung der B97 mit Radwegen und Anbindungen in die Ortsteile.

- Vernünftige Haushaltspolitik:
Die Interessen der Bürger und das Gemeinwohl müssen Vorrang haben, bei allen Entscheidungen. Keine überteuerten Prestigeprojekte. Es zählen Arbeit – Leben – Infrastruktur – Heimat – Generationengerechtigkeit. Der Heimat eine Zukunft geben - Lutz Härtner - AfD!
- Infrastruktur & Sicherheit:
Unterstützung der Feuerwehren und der Vereine in allen Ortsteilen.
Lutz Härtner für alle!
- Bürgernähe:
Ein Rathaus, das sich als Dienstleister für jeden Einwohner versteht, für Bernsdorf und alle Ortsteile.

Wahlkampfauftakt und Bürgerdialog - Unter dem Motto „Härtner hört hin“ wird der Kandidat ab dem 25. März 2026 in allen Ortsteilen präsent sein, um seine Kraft für ein starkes Bernsdorf persönlich vorzustellen und mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Frank Peschel, Vorsitzender AfD-Kreisverband Bautzen

9. März 2026

<https://afdsachsen.de/bernsdorfer-stadtrat-lutz-haertner-tritt-zur-buergermeisterwahl-an/>

AfD ist sich im Oberland einig

Stadt- und Gemeinderäte der AfD aus dem Oberland trafen sich und besprachen die Situation zum „Grundzentralen Verbund Oberland“. Allen Teilnehmern war es wichtig, sich über die Gemeindegrenzen hinweg auszutauschen und einen gemeinsamen Wissensstand zu erarbeiten.

+ Handelsstreit im Oberland: Alle Bürgermeister sitzen an einem Tisch



Die vier Bürgermeister der im Grundzentralen Verbund vertretenen Kommunen Jens Zeiler (l.o.), Hagen Israel (r.o.), Michael Herfort (l.u.) und Sven Gabriel (r.u.) haben sich nun mit dem Bautzener Landrat Udo Witschas zu einem ersten Gespräch zum Thema Einzelhandel im Oberland getroffen.

Dabei sind sich alle einig: Es muss gemeinsam zum Wohle des Oberlandes gehandelt werden.

Bei zukünftigen Entscheidungen des „Grundzentralen Verbund Oberlausitz“ wird gefordert, dass ein Vertreter des regionalen Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien zu den Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Grundzentralen Verbund Oberlausitz“ eingeladen wird und seine Fachexpertise bei Bedarf einbringen kann.

Aus Sicht der AfD Stadt- und Gemeinderäte müssen Änderungen im Vertrag des

Grundzentralen Verbundes vorgenommen werden.

Zudem müssen sich alle Gemeinden an die jetzigen Inhalte des Vertrages halten und diese auch dementsprechend so leben.

Landtagsabgeordneter: Frank Peschel

Schirgiswalde-Kirschau: Stefan Lehmann

Neukirch: Dominik Hampel

Wilthen: Ronny Michler
Sohland: Jörg Poremba und Peter Dittrich

Bautzen, 16. März 2026

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2026 wird auch in einigen Bundesländern ein spannendes Wahljahr. Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).

Wir als Kreisverband Bautzen wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden.

Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren. Bitte geben Sie uns unter info@afdbautzen.de Bescheid, ob Sie Interesse haben und in welchem Zeitraum.

Auf der Webseite www.vision2026.de kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger in Sachsen-Anhalt bleiben will.

SPD-Minister schockt mit Aussage in Regierungsbefragung! – Zwischen-Intervention

Karsten Hilse, MdB - AfD-Fraktion im Bundestag

<https://www.youtube.com/watch?v=AwDIVKxkM3U>

Termine Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.





Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Termine:

21./22. Mai 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)

19./20. November 2026

(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

NEUES von unseren Landtagsabgeordneten

SPD-Ministerin verschweigt Linksextremismus und verunglimpft die Oberlausitz

Das Beratungsnetzwerk des Demokratiezentrum Sachsen hat eine neue Anlaufstelle in der Löbauer Straße 17 in Bautzen eröffnet. Sie bietet Beratung und Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. SPD-Staatsministerin Köpping begrüßt das Projekt, welches auch mit Steuergeld aus ihrem Ministerium finanziert wird.

Dazu erklärt Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter:

„Während Arbeitnehmer Angst um ihre Arbeitsplätze haben, Unternehmen in Insolvenz gehen und die Lebenshaltungskosten für die Menschen steigen, verschwendet die Ministerin das Geld für ein weiteres fragwürdiges „Demokratie-Projekt“ in der Oberlausitz.

Es zeigt einmal mehr, wie wenig Gespür eine linke Ministerin für unsere Region hat und diese einfach öffentlich verunglimpft und stigmatisiert.

Anstatt sich gegen jede Form von Extremismus auszusprechen, verschweigt die SPD-Ministerin den Linksextremismus. Sie handelt einseitig und relativiert damit auch die nicht aufgeklärten linken Terroranschläge gegen Hentschke Bau oder dem „Outing“-Fall in Görlitz.

Ich fordere Sachsens Sozialministerin Köpping öffentlich auf, sich auch gegen linksmotivierte Gewalt zu positionieren, sich für ihre Stigmatisierung einer ganzen Region zu entschuldigen und die neue Anlaufstelle wieder zu schließen. Die Oberlausitz ist nicht rechtsextrem, sondern stark freiheitlich-konservativ, wie die Wahlergebnisse belegen.“

Quelle: [Demokratiezentrum Sachsen eröffnet zusätzliche Anlaufstelle in Bautzen](#)

Frank Peschel, MdL
12. März 2026

Kinder und Jugendliche müssen im digitalen Raum endlich wirksam geschützt werden

Ein Fall aus New Mexico zeigt, wie groß die Gefahr auf Social Media sein kann: Für einen Test wurde ein Pseudoaccount eines angeblich 13-jährigen Mädchens erstellt. Innerhalb kurzer Zeit erhielt das Profil rund 5.000 Freundschaftsanfragen und etwa 6.700 Follower – fast ausschließlich von erwachsenen Männern.



Was dort vor Gericht verhandelt wird, ist kein fernes Problem. Auch in Deutschland erleben Kinder und Jugendliche auf Social Media Grenzüberschreitungen, problematische Kontaktanfragen und algorithmisch verstärkte Inhalte.

Deshalb reicht es nicht, nur auf einzelne Inhalte zu schauen. Auch die Systeme und Algorithmen der Plattformen müssen stärker in den Fokus rücken.

Auch in Deutschland wird inzwischen über stärkeren Schutz diskutiert. Bundeskanzler Friedrich Merz hat sich für strengere Regeln und Altersgrenzen bei Social Media ausgesprochen. Beschlossen wurde bislang jedoch noch nichts.

Social Media muss Kinder und Jugendliche endlich wirksam schützen.

Gleichzeitig braucht es mehr Aufklärungsarbeit durch die Politik: Eltern, Schulen und junge Menschen müssen besser über Risiken, Schutzmöglichkeiten und digitale Selbstverteidigung informiert werden.

Statt Fördermittel an sinnlos viele Stellen zu verteilen, muss die Politik klare Prioritäten setzen:

- Schutz von Kindern im digitalen Raum
- Aufklärung über Gefahren im Netz
- wirksamer Jugendschutz und Alterskontrollen

Unsere Kinder dürfen im Netz nicht allein gelassen werden.

Doreen Schwietzer, MdL
18. März 2026

Quellen: Analyse zum Verfahren New Mexico gegen Meta, Berichte zur Plattformverantwortung und zum Jugendschutz (u. a. Landesmedienanstalten / jugendschutz.net)



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Di	07.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	08.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	09.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	15.04.2026	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	VORTRAGSABEND der Generation Deutschland
Do	16.04.2026	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	STAMMTISCH mit Jörg Urban, MdL
Fr	17.04.2026	18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	STAMMTISCH mit Doreen Schwietzer, MdL
Mi	22.04.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:

www.afdbautzen.de

AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen

Nur 5,2% Aufenthalts-Erstanträge von Ukrainern im Landkreis Bautzen abgelehnt!

Dazu erklärt Kreisrat Steffen Lehmann:

Meine jüngste Anfrage zum Thema „Ukrainer“ ergab, dass von 926 Erstanträgen für einen Aufenthaltstitel im Zeitraum vom 01.01.2025 bis 28.02.2026 nur 48 Anträge (5,2%) abgelehnt wurden.





Der Ablehnungsgrund war in der Regel der Sachverhalt, dass die Antragsteller bereits in einem anderen EU-Staat einen Schutzstatus hatten.

Die Zahl der Ablehnungen könnte jedoch noch weiter steigen, da aus dem Jahr 2025 ca. 50 Anträge noch nicht vollständig bearbeitet sind und für das Jahr 2026 noch keiner der 60 Anträge abschließend bearbeitet wurde.

Für die aufenthaltsrechtliche Sachbearbeitung der ukrainischen Kriegsflüchtlinge sind insgesamt 2,75 VzÄ eingeteilt, so das Landratsamt. Nur am Tag der Zuweisung wurden sie durch andere Mitarbeiter unterstützt.

Weiter teilt das Landratsamt mit, daß ein Antrag als positiv abgeschlossen gilt, wenn dem Antragsteller von der Bundesdruckerei der elektronische Aufenthaltstitel ausgehändigt wird.

Eine Bearbeitung der Bundesdruckerei dauert, laut Landratsamt, in der Regel 3-4 Monate.

Es müsste dringend eine schnellere Bearbeitung der Aufenthaltstitel für die Ukrainer stattfinden, um mögliche Abschiebungen/Ablehnungen zu beschleunigen und damit unsere Sozialsysteme zu entlasten.

Steffen Lehmann, Kreisrat in Bautzen

17. März 2026

<https://afdsachsen.de/nur-52-aufenthalts-erstantraege-von-ukrainern-im-landkreis-bautzen-abgelehnt/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 15.3.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat den Ausstieg aus der Kernkraft als „irreversibel“ bezeichnet.

Damit hört er sich inzwischen fast genauso an wie die ehemalige CDU-Kanzlerin Angela Merkel. Sie erklärte alles, was sie nicht ändern wollte, als „alternativlos“.

Während Friedrich Merz mitten in der nächsten großen Energiekrise also die Hände in den Schoß legt, kommt Unterstützung für die Kernkraft von unerwarteter Stelle.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hängt ihr Fähnchen in den Wind: Der Atom-





Ausstieg sei ein „strategischer Fehler“ gewesen, sagt sie. „Europa“ wolle an der „weltweiten Renaissance der [Kernenergie](#)“ teilhaben.

Ursula von der Leyen erklärte das auf dem Atomgipfel in Paris. Eine Nation glänzte bei diesem Gipfeltreffen übrigens mit Abwesenheit: Die deutsche Regierung von Friedrich Merz (CDU) fehlte und gehört der neuen [Atom](#)-Allianz mit 15 EU-Staaten nicht an.

Mit dem ehemaligen grünen Staatssekretär Patrick Graichen ist nun ein weiterer erbitterter Kernkraftgegner überraschend umgekippt. Vielleicht hat dieser Stimmungsumschwung jedoch auch etwas mit seiner neuen Arbeit zu tun.

Nach seinem unrühmlichen Rückzug aus der Ampelregierung ist Graichen jetzt für einen staatlichen Energiekonzern aus der Ukraine tätig. Für [Kernkraft](#) spricht er sich nun aus, weil Europa damit komplett auf russisches Gas verzichten könnte. Die AfD sieht das selbstverständlich anders. Wir brauchen günstiges Gas aus Russland und Kernkraftwerke.

Es gibt keinen Grund, Patrick Graichen oder Ursula von der Leyen Beifall für ihre neuen Erkenntnisse bezüglich der [Kernkraft](#) zu spenden. Beide sind als Zerstörer deutscher Kernkraftwerke unglaublich, und als Einpeitscher der „Weltklimarettung“ zählen sie zu den Verursachern der hohen Energiepreise in Deutschland.

Zu klären ist aber auch noch, ob die Entscheidung gegen die [Kernkraft](#) nach den Ereignissen in Fukushima vor ziemlich genau 15 Jahren tatsächlich „irreversibel“ ist.

Was Friedrich Merz bei dieser Frage verschweigt, sind zwei Aspekte.

Erstens: Nicht die Grünen, sondern die CDU-Regierung von Friedrich Merz hat im Oktober 2025 die Kühltürme des stillgelegten AKW Gundremmingen sprengen lassen. Die Regierung Merz treibt den Rückbau der deutschen Kernkraftwerke voran. Wenn man derart vorgeht, dann ist natürlich irgendwann der [Kernkraft](#)-Ausstieg irreversibel.

Und zweitens zeigt Japan, dass es auch ganz anders geht: Nach Fukushima herrschte in Deutschland eine riesige Hysterie, die schließlich die CDU inklusive des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer dazu brachte, im Bundestag den Ausstieg überstürzt zu beschließen.

Japan, das Land, das im Unterschied zu Deutschland tatsächlich betroffen war, ging vernünftiger vor und entschied sich gewissermaßen für eine „Atompause“, um die Sicherheit und Lebensdauer seiner Reaktoren zu bewerten. Diese Pause ist nun vorbei. Schrittweise wird aktuell das größte Kernkraftwerk der Welt wieder in Betrieb genommen. Niemand kam in Japan also auf die absurde Idee, funktionstüchtige Kraftwerke zu zerstören.

Von den ehemals 54 Reaktoren, die in Japan abgeschaltet wurden, sind noch immer 33 modern genug, um relativ schnell wieder hochgefahren werden zu können. Zugleich investiert die japanische Regierung sowohl in neue, große Kernkraftwerke als auch in kleine, modulare Reaktoren (SMR) und in die Kernfusion. Damit soll der Anteil der [Kernkraft](#) an der Stromerzeugung von aktuell neun auf 20 Prozent im Jahr 2030 steigen.

Angesichts des immensen Strombedarfs von Rechenzentren für Künstliche Intelligenz führt kein Weg an modernen, sehr sicheren und umweltschonenden Kernkraftwerken vorbei. Das haben die Japaner verstanden und deshalb sagt Japan folgerichtig: „Atomkraft? Jetzt erst recht!“

Leider gibt es in Deutschland nicht nur ideologisch festgefahrene Politiker, die nicht zugeben wollen, dass sie mit ihrer Anti-Atom-Politik in einer Sackgasse gelandet sind. Auch die überwiegend rot-grün geprägten deutschen Mainstream-Medien verteufeln ohne sachliche Grundlage die Kernenergie.

Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch noch nach 15 Jahren weiterhin die Lüge verbreitet, 20.000 Menschen seien an der „Atomkatastrophe von Fukushima“ gestorben, dann macht der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich mitschuldig an der De-Industrialisierung und Wohlstandsvernichtung. Es gab in Japan nicht einen Toten durch Atom-Strahlung, sondern 20.000 Tote durch ein Erdbeben und einen fürchterlichen Tsunami.

Für Sachsen hat die AfD einen verlässlichen und seit vielen Jahren offen kommunizierten Plan: Wir wollen unsere modernen und sauberen Kohlekraftwerke weiter nutzen und später an diesen Standorten neue und moderne Kernkraftwerke errichten. Neben der Wiederinbetriebnahme noch bestehender Kernkraftwerke in Deutschland wollen wir also auch neue bauen.

Das schafft Arbeitsplätze! Das schafft Wohlstand!

Und das ist eine Aufgabe, die „wir“ – dank guter deutscher Ingenieure – im Gegensatz zur Massenmigration auch tatsächlich „schaffen“ können.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/15-jahre-fukushima-japan-sagt-ja-zur-kernkraft/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2026

Jagd nach Tanktouristen ist Gipfel der Unverschämtheit!

An den Grenzen zu Tschechien und Polen kontrolliert der Zoll aktuell verstärkt „Tanktouristen“.



Steuern und Abgaben
sofort SENKEN!



Laut Angaben des Zolls „wird eine Kraftstoffmenge von bis zu 20 Litern in den Reservebehältern nicht beanstandet“. Das Verkehrsministerium in Prag zeigt sich da deutlich großzügiger und erlaubt 240 Liter pro Fahrzeug, berichtet die „Sächsische Zeitung“.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die Kontrollen von Tanktouristen sind äußerst unverschämt. Statt die eigenen Bürger an der Grenze zu schikanieren und jeden einzelnen Kofferraum zu inspizieren, sollte die Regierung illegale Einreisen verhindern und Kriminelle jagen.“

Wir fordern CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer zudem dazu auf, sich für eine großzügige Regelung bezüglich des Transports von Kanistern einzusetzen. Wenn Tschechien die Mitnahme von 240 Litern erlaubt, muss Deutschland das auch zulassen.

Noch besser wäre selbstverständlich, die zahlreichen Steuern und Abgaben auf Benzin und Diesel deutlich zu senken, damit Tanken in Deutschland genauso günstig wie in Tschechien und Polen wird.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/jagd-nach-tanktouristen-ist-gipfel-der-unverschaeemtheit/>

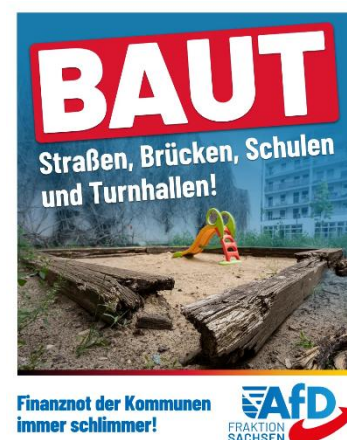
Investitionen der Kommunen um 277 Millionen Euro gesunken: Baut Straßen, Brücken, Schulen und Turnhallen!

In den sächsischen Kommunen sind die Investitionen 2025 im Vergleich zum Vorjahr regelrecht eingebrochen. Sie gingen um 277 Millionen Euro zurück, obwohl die Einnahmen aus der Einkommensteuer um 123 Millionen Euro stiegen.

Grund dafür sind die hohen Personalkosten (+ 161 Mill. €) und „soziale Leistungen“ (+ 156 Mill. €). Das Defizit der Kommunen wuchs auf über eine Milliarde Euro an.

Dazu erklärt der regionalpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Thomas Thumm, der zugleich Vorsitzender der Enquete-Kommission für Kommunalfinanzen ist:

„Anfang des Jahres hat CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer fünf Milliarden Euro Soforthilfe für die Kommunen gefordert. In Sachsen kämen davon nur rund 250 Millionen Euro an. Das reicht vorne und hinten nicht aus.



Wie so oft ist Ministerpräsident Kretschmer mit blindem Aktionismus unterwegs. Er kündigt viel an. Durchdacht ist davon nichts und umgesetzt wird auch nichts.

Statt einer Einmalhilfe muss der Bund endlich seine bestellten Leistungen ausfinanzieren, die er den sächsischen Kommunen übergeholfen hat. Denn es muss gelten: Wer bestellt, der zahlt!

Nur wenn dieses Prinzip strikt zur Anwendung kommt, können unsere Kommunen wieder in Straßen, Brücken, Schulen und Turnhallen investieren, wie es dringend erforderlich ist.

Ich will es klar sagen: Der aktuelle Rückgang der Investitionen in die Infrastruktur ist eine Katastrophe!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/investitionen-der-kommunen-um-277-millionen-euro-gesunken-baut-strassen-bruecken-schulen-und-turnhallen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2026

AfD-Anfrage: Schulen müssen Zusammenarbeit mit linksradikalen Vereinen beenden!

Die bildungspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Romy Penz, hat mit einer Anfrage ([Drs. 8/5818](#)) herausbekommen, dass die sächsischen Ministerien linke Vereine mit Millionenbeträgen fördern, damit sie Schulprojekte durchführen können.



Ein besonders eklatantes Beispiel ist das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.). Der Verein erhielt 2025 über 1,2 Millionen Euro an Steuergeldern, obwohl er – auch laut eigenen Angaben – mit der „Linksjugend solid“ kooperiert.

Die „Linksjugend solid“ fällt immer wieder mit Antisemitismus und Aufrufen zum Sturz des kapitalistischen Systems auf.

Dazu erklärt Romy Penz:

„Wir fordern CDU-Kultusminister Conrad Clemens dazu auf, die Zusammenarbeit mit allen ideologisch geprägten Vereinen und Partnern sofort einzustellen.“

Die Vereine geben sich noch nicht einmal die Mühe, ihre Sympathie für linksextreme Organisationen zu verheimlichen, weil sie bisher keine Konsequenzen zu befürchten hatten.

Unsere Schulen sollten politisch neutral sein. Das heißt: Eine einseitige Beeinflussung durch weit linksstehende Vereine darf es nicht geben.

Am besten wäre es, diese Steuergelder einfach einzusparen. Wenn sich Herr Clemens damit nicht anfreunden kann, sollte er das Geld lieber in die Verkehrssicherheit stecken. Ich finde es erschreckend, dass für Verkehrssicherheit im Jahr 2025 nur knapp über 100.000 Euro ausgegeben wurden, während ideologische Vereine Millionen erhalten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-schulen-muessen-zusammenarbeit-mit-linksradikalen-vereinen-beenden/>

CDU-Minister Schuster beschimpft Fußballfans, um vom eigenen Versagen abzulenken!

CDU-Innenminister Armin Schuster droht sächsischen Fußballvereinen damit, ihnen die Kosten für Polizeieinsätze in Rechnung zu stellen, sofern sich das „Verhalten spezieller Fans“ nicht ändere.

Dazu erklärt Heiko Gumprecht, sportpolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion:

„Mit der Brechstange versucht Armin Schuster (CDU) verschärfte Überwachungsmaßnahmen für Fußballfans in Stadien durchzusetzen. Bereits seit längerem fordert er, die Videotechnik derart auszubauen, so dass jeder einzelne Fan im Stadion zweifelsfrei identifiziert werden kann.“

Diese Form der Überwachung läuft auf einen Generalverdacht gegenüber allen Fans hinaus. Die Fans lehnen diese Pläne deshalb zu Recht ab. Dass nun Armin Schuster die Vereine erpressen will, ist unerhört. Die Zusatzkosten würden insbesondere kleinere Vereine in den unteren Ligen finanziell ruinieren.

Die Straftaten und Verletzten in Fußballstadien sind übrigens rückläufig. Statt das Zerrbild vom gewalttätigen Fußballfan zu zeichnen, sollte sich Armin Schuster um die wirklich großen Probleme in unserem Land kümmern.



Doch Fakt ist: Bei der Bekämpfung der wachsenden Messergewalt und Ausländerkriminalität hat Schuster komplett versagt. Sein aktueller Vorstoß zur Sicherheit in Stadien ist daher ein typisches Ablenkungsmanöver!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-minister-schuster-beschimpft-fussballfans-um-vom-eigenen-versagen-abzulenken/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.3.2026

Arztbesuche arbeitsloser Ausländer kosten Milliarden, aber Deutsche sollen Zahnarzt selbst bezahlen? Unfassbar ungerecht!

Zehn Milliarden Euro müssen Krankenversicherte jedes Jahr für Behandlungen von Bürgergeld-Empfängern mitbezahlen. Da der Ausländeranteil beim Bürgergeld knapp 50 Prozent beträgt, heißt das: Mindestens fünf Milliarden Euro zahlen hauptsächlich deutsche Arbeitnehmer für die medizinische Versorgung arbeitsloser Ausländer.



Statt diesen Missstand zu beseitigen, blockt SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas alle Reformvorschläge ab. Die CDU ist noch schlimmer: Sie fordert, dass die Arbeitnehmer in Zukunft ihre Zahnarztbesuche aus eigener Tasche bezahlen müssen.

Der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban empfindet das als „unfassbar ungerecht“. Der Sozialstaat werde damit „ad absurdum“ geführt. „Unsere Arbeitnehmer zahlen pro Monat im Schnitt 800 Euro für ihre Krankenkasse. Dafür müssen sie eine gute medizinische Versorgung erhalten und selbstverständlich auch weiterhin zum Zahnarzt gehen können.

Diese 800 Euro zu nehmen und damit illegalen Einwanderern kostenlosen Zahnersatz zu finanzieren, ist das komplette Gegenteil einer sozialen Politik.

Deutschland bietet die höchsten Sozialleistungen für Migranten in Europa. Das muss sich ändern. Deutschland darf nur noch das europäische Minimum anbieten. Dann hat auch die Krankenkasse genug Geld, um die Zahnarztbesuche der arbeitenden Bevölkerung zu übernehmen“, führt Jörg Urban aus.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/arztbesuche-arbeitsloser-auslaender-kosten-milliarden-aber-deutsche-sollen-zahnarzt-selbst-bezahlen-unfassbar-ungerecht/>

AfD-Anfrage: Nur fünf Prozent der ausländischen Intensivtäter abgeschoben

2025 wurden nur 66 ausländische Intensivtäter abgeschoben. 1.291 Intensivtäter leben aktuell in Sachsen. In Haft befinden sich lediglich 371. Das heißt: Bei nur fünf Prozent der Mehrfach-Intensivtäter (MITA) gelang eine Abschiebung. Das zeigt eine Anfrage ([Drs. 8/5878](#)) des innenpolitischen Sprechers der AfD-Fraktion, Sebastian Wippel.

Zu den Ergebnissen erklärt er:

„In Sachsen leben 349 syrische Intensivtäter. Abgeschoben wurde davon kein einziger. Außerdem sind 96 afghanische Intensivtäter erfasst. Auch von ihnen wurde kein einziger abgeschoben.“

CDU-Innenminister Armin Schuster erzählt allerdings schon seit Jahren, dass er auch nach Afghanistan und Syrien abschieben will. Solange diesen Ankündigungen keine Taten folgen, handelt es sich um eine dreiste Irreführung der Bürger.

Erst letzte Woche hat sich die mitregierende SPD in aller Deutlichkeit gegen Abschiebungen ausgesprochen. Neben der SPD ist die CDU auch noch vom Wohlwollen der Grünen und Linken abhängig, da die CDU weiter an der Brandmauer festhält.

Es ist ganz einfach: Wer zusammen mit einem Linksblock regiert, der wird keine Abschiebe-Offensive starten. Erst wenn die Brandmauer eingerissen wird, kann es Abschiebungen im großen Stil geben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-nur-fuenf-prozent-der-auslaendischen-intensivtaeter-abgeschoben/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.3.2026

Stasi 2.0? Meldestellen schließen statt neu eröffnen!

Mit einem neuen Bund-Länder-Abkommen wollen das sächsische SPD-Sozialministerium von Petra [Köpping](#) und die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman, „mehr Geld für Meldeportale“ herausschlagen. Darüber berichtet die „Ostdeutsche Allgemeine [Zeitung](#)“ (OAZ).



Das steuergeldfinanzierte „Antidiskriminierungsbüro Sachsen“ betreibt bereits eine „anonyme Meldestelle im Internet“, so die OAZ. Darüber hinaus gibt es Meldestellen für Antiziganismus, Antisemitismus, Antifeminismus, „Trusted Flagger“ und zusätzlich beim LKA eine „Zentrale Meldestelle für Hasskriminalität im Internet (ZMI)“.

Durch die Neueröffnung der Meldestellen ist in den letzten Jahren die Zahl der verfolgten Meinungsdelikte sprunghaft gestiegen.

Wir sagen: Schluss mit der Denunziation! Nein zu einer semistaatlichen Stasi 2.0! Ja zur Meinungsfreiheit!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/stasi-2-0-meldestellen-schliessen-statt-neu-eroeffnen/>

CDU gegen höhere Strafen für Messermänner!

Die sächsische AfD-Fraktion will Messergewalt härter bestrafen. Es sollte in Zukunft der Grundsatz gelten: Wer mit einem Messer angreift, nimmt tödliche Verletzungen in Kauf. Deshalb kommt in solchen Fällen nur eine Gefängnisstrafe in Betracht! Am 26. März wird darüber im Landtag abgestimmt (Drs. 8/5618).

CDU-Justizministerin Constanze Geiert hat sich indes schon jetzt klar positioniert: „Eine Erhöhung der Mindeststrafe“ auf ein Jahr Gefängnis „ist abzulehnen“.

Begründung: Eine „Abschreckungswirkung“ sei nicht zu erwarten.

Im Klartext heißt das: Die CDU will, dass Messermänner weitermessern können. Das ist aus unserer Sicht übrigens das Hauptproblem: Wenn Messermänner nicht weggesperrt werden, kann es jederzeit zu neuen Attacken kommen.

Im Gegensatz zur sächsischen CDU-Justizministerin versucht übrigens gerade die CDU in Rheinland-Pfalz wenige Tage vor der Landtagswahl das Thema „Messergewalt“ zu besetzen. „Das ist keine deutsche Kriminalität, das ist eine zugewanderte Kriminalität“, sagt der dortige Spitzenkandidat.

Diese Aussage stimmt. Aber von der CDU ist keine Lösung des Problems zu erwarten. Das klappt nur mit der AfD!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-gegen-hoehere-strafen-fuer-messermaenner/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.3.2026

Klein-Söder von Sachsen auf einmal für Mini-AKW: Warum fällt Ihnen das erst jetzt ein?

Der sächsische CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer spricht sich neuerdings für „Mini-Atomkraftwerke“ aus.



WARUM FÄLLT IHNEN DAS ERST JETZT EIN?



Dazu erklärt Jan Zwerg, energiepolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion:

„Bayerns Ministerpräsident Markus Söder ebenso wie Michael Kretschmer haben den fatalen Ausstieg aus der Kernkraft maßgeblich mitzuverantworten.

Dass sich nun ausgerechnet diese Politiker als Eisbrecher für die Kernkraft aufspielen, zeigt, dass es ihnen nur darum geht, ihr Fähnchen in den Wind zu halten, um ein bisschen medialen Beifall zu erhaschen.

Im Endeffekt handelt es sich aber um billigen Populismus. Die beiden Ministerpräsidenten kündigen Sachen an, die sie niemals umsetzen werden und die sie schon mehrfach im Parlament abgelehnt haben.



Nur die AfD setzt aus tiefster Überzeugung auf Kernkraft und handelt auch entsprechend. Wenn Klein-Söder von Sachsen wirklich Mini-Kernkraftwerke will, dann kann er das zusammen mit der AfD sofort beschließen. Dazu fehlt ihm allerdings der Mumm.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/klein-soeder-von-sachsen-auf-einmal-fuer-mini-akw-warum-faellt-ihnen-das-erst-jetzt-ein/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Österreich und Italien senken Steuern auf Sprit

Unsere europäischen Freunde aus Italien, Ungarn und Kroatien haben es vorgemacht und mit Steuererleichterungen auf die Spritpreise reagiert. Denn das ist Politik für das eigene Volk, das ist Politik für die Bürger, das ist konservative Politik im Stile der AfD-Bundestagsfraktion. Heute Morgen kostete der Liter Diesel hier in Berlin sage und schreibe 2,34 Euro. Mit den Vorschlägen der AfD-Bundestagsfraktion würde derselbe Liter Diesel etwa 1,70 Euro kosten.

Zu möglichen Maßnahmen gegen den rasanten Anstieg der Kraftstoffpreise äußert sich der AfD-Bundestagsabgeordnete [Bernd Schattner MdB](#):

„Die Bundesregierung möchte mit dem österreichischen Modell sechs Monate evaluieren, wie sich der Spritpreis entwickelt. Wir als AfD-Bundestagsfraktion erteilen dem eine Absage und fordern sofort:

1. Absenkung der Energiesteuer auf das europäische Mindestmaß,
2. Absenkung der Mehrwertsteuer auf alle Kraftstoffe von 19 Prozent auf 7 Prozent und
3. Die sofortige Abschaffung der CO₂- Steuer. Denn nur so können wir die Bürger und die Wirtschaft entlasten und Wachstum generieren.“

Der finanzpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, [Kay Gottschalk](#), ergänzt:

„Wir fordern eine sofortige Entlastung für Berufspendler, Familien und Wirtschaft durch niedrigere Kraftstoffpreise, eine Senkung der Energiekosten insgesamt und als Sofortmaßnahme eine Entlastung der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen durch eine Abflachung der Tarifstruktur in der Einkommensteuer mit dem Ziel: mehr netto vom brutto.“

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1488483845974141&set=a.818190173003515>

Umverteilung an nichtdeutsche Leistungsbezieher stoppen: Remigration aus dem Sozialsystem!

Die Belastung der Krankenversicherten durch die Finanzierung von Bürgergeld-Empfängern wächst unter der Regierung von Friedrich Merz immer weiter. Brisant ist, dass mittlerweile jeder zweite Bezieher dieser Leistung keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Beitragszahler müssen somit direkt für die medizinische Versorgung von Menschen aufkommen, die nie eingezahlt haben. Während die Sätze steigen, fließen Milliarden aus den Taschen der Leistungsträger in ein System, das falsche Anreize setzt und die eigene Bevölkerung benachteiligt.

Diese Entwicklung führt zur Enteignung der Mitte. Arbeitnehmer



sehen, wie ihr Netto schrumpft, während die Versorgung unter dem ungesteuerten Zustrom leidet. Die schwarz-rote Koalition unter Kanzler Merz setzt den Kurs fort, Lasten der Zuwanderung auf Versicherte abzuwälzen. Das Solidarprinzip wird durch eine globale Sozialamt-Mentalität zerstört. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, steht nun in Warteschlangen mit jenen, die ohne Vorleistung volle Ansprüche geltend machen.

Die AfD fordert ein Ende dieser Umverteilung zulasten deutscher Beitragszahler. Eine Trennung von Sozialsystem und Migration ist unumgänglich. Sachleistungen müssen Vorrang haben. Zugang zu medizinischen Leistungen darf erst nach Einzahlung gewährt werden. Wir setzen uns für das Leistungsprinzip ein, bei dem eigene Bürger Vorrang haben. Nur Grenzschutz und konsequente Abschiebungen senken den finanziellen Druck auf die Sozialkassen dauerhaft.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1454335662728744&set=a.797289411766709>



Wähle Deinen Energie-Experten!

Nina Scheel ist energiepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Sie bezeichnet Kernkraft als „wahnwitzigen Irrweg“ und vertritt eine Energiepolitik, die vor allem eines ist – eindimensional. Alles wird dem Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien untergeordnet, koste es, was es wolle.

Wir dagegen wollen mit echten Energieexperten wie Dr. Paul Schmidt, der selbst in Kernkraftwerken gearbeitet hat, eine realistische und technologieoffene Energiepolitik umsetzen, die mit Kernkraft die Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Effizienz und Innovationsfähigkeit Deutschlands dauerhaft gewährleistet. So reduzieren wir unsere Abhängigkeit von Rohstoffen aus dem Ausland deutlich und führen Deutschlands Wirtschaft wieder zu alter Stärke.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1487586382730554&set=a.818190173003515>

Sparmaßnahmen der Krankenkassen – Was wir vorschlagen!

Ende März will Bundesgesundheitsministerin Warken eine Streichliste vorlegen, um die Finanzlage der Kassen in den Griff zu bekommen. Übereinstimmenden Medienberichten zufolge sollen Abgeordnete von CDU/CSU und SPD bis dahin festlegen, welche Kürzungen im Gesundheitswesen von der Regierungskoalition mitgetragen werden. Die AfD-Bundestagsfraktion kritisiert das Vorgehen und übt grundsätzliche Kritik an den zu erwartenden Sparmaßnahmen.

Dazu teilt der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, [Martin Sichert, MdB](#), mit:

„Die Regierungskoalition will also im Hinterzimmer mauscheln, auf welchen Wegen sie die gesetzlich Versicherten künftig noch stärker zur Kasse bitten kann. Sicher ist schon jetzt: Wer hart arbeitet, ist der Dumme. Die Merz-Regierung will keine echten, grundlegenden Reformen im Gesundheitswesen, sie will ein weiter so. Unsere Fraktion wird diesen Kahlschlag nicht



mitmachen. Wir brauchen endlich eine tiefgreifende Reform im Gesundheitswesen mit Maßnahmen, die langfristig für echte Gesundheitspolitik im Sinne der Bürger in Deutschland sorgen. Das Herumdoktern an den Symptomen hat erst zur aktuellen Situation geführt und wird auch in Zukunft keine Lösung sein.

Ein großer Teil der Kosten im Gesundheitswesen entsteht durch Bürokratie. Zu viele Krankenkassen und zu viel Lobbyismus haben dafür gesorgt, dass wir in Deutschland ein völlig überbürokratisiertes Gesundheitssystem haben, eines der ineffizientesten der Welt. Hier muss aus Sicht der AfD-Fraktion der Hebel angesetzt werden. Zudem müssen Krankenkassenbeiträge so gehandhabt werden, wie es in anderen Ländern längst Standard ist: Jeder Ausländer, der nie in unser Gesundheitssystem eingezahlt hat, muss seine Behandlungskosten selbst tragen. Der Staat muss die Kosten für einheimische Bürgergeldempfänger mit Steuermitteln decken und nicht den Arbeitern und Angestellten aufs Auge drücken.

Wer, wie Ministerin Warken, diese Tatsachen leugnet und den Bürgern lieber immer tiefer in die Taschen greift, anstatt endlich Reformen im Gesundheitsbereich anzugehen, der sollte von seinem Amt zurücktreten, denn es ist bereits 5 nach 12.“

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1486293746193151&set=a.818190173003515>



Sonderschulden zweckentfremdet: Die CDU veruntreut Deine Steuergelder!

Das ifo Institut deckt einen handfesten Skandal in der Haushaltspolitik der Regierung Merz auf. Von den im Jahr 2025 aufgenommenen neuen Schulden in Höhe von 24,3 Milliarden Euro floss lediglich ein Bruchteil in tatsächliche Investitionen. Nach Berechnungen von ifo-Präsident Clemens Fuest wurden satte 95 Prozent dieser Kredite zweckentfremdet, um Haushaltslöcher zu stopfen. Während man offiziell von Geldern für Infrastruktur sprach, landeten am Ende nur mickrige 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in realen Projekten. Die restlichen 23 Milliarden Euro verschwanden durch geschickte Umschichtungen im allgemeinen Etat. Man verschob Investitionsposten aus dem Kernhaushalt einfach in das

Sondervermögen.

Dieses Vorgehen ist eine massive Täuschung der Bürger und eine Belastung kommender Generationen ohne jeden echten Mehrwert. Schulden müssten das Wirtschaftswachstum langfristig stützen, statt nur das politische Überleben der Koalition aus CDU und SPD zu sichern. Die maroden Straßen bleiben bestehen, während Finanzminister Lars Klingbeil und Kanzler Friedrich Merz mit statistischen Tricks hantieren. Es drängt sich der Verdacht einer systematischen Veruntreuung von Steuergeldern unter dem Deckmantel der Zukunftsfähigkeit auf. Man nimmt der Jugend die Zukunft weg, um heute die eigene Unfähigkeit bei der Haushaltsführung zu kaschieren.

Wir fordern ein sofortiges Ende dieser unehrlichen Haushaltspolitik und eine Rückkehr zu finanzieller Transparenz. Die AfD steht für eine strikte Einhaltung der Schuldenbremse und lehnt das Aufblähen von Sondervermögen zur Umgehung parlamentarischer Kontrolle ab. Steuergelder müssen in der heimischen Infrastruktur ankommen. Es braucht eine Regierung, die Prioritäten

setzt, statt Löcher mit geliehenem Geld zu stopfen. Deutschland verträgt keine Politik, die auf Pump lebt und dabei die Substanz unseres Landes verfrühstückt.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1452986856196958&set=a.797289411766709>

AfD: Weist sie an der Grenze ab und sorgt für Remigration!

Da ist sie also, die große Migrationswende der Union. Wer geglaubt hat, unter Friedrich Merz würde sich an den deutschen Grenzen endlich etwas ändern, sieht sich nun bitter enttäuscht. Es ist eine bodenlose Frechheit gegenüber der eigenen Bevölkerung, wie leichtfertig hier mit der Sicherheit unseres Landes umgegangen wird. Man verspricht Ordnung und liefert das blanke Chaos. Täglich kommen Menschen ins Land, deren Identität völlig im Dunkeln bleibt, während der ehrliche Bürger für jeden Behördengang drei Formulare ausfüllen muss. Wie lange sollen wir uns dieses Theater noch ansehen?



Die nackten Zahlen der Bundesregierung offenbaren das ganze Versagen von Schwarz-Rot. Im Jahr 2025 sind zwei von drei sogenannten Flüchtlingen ohne gültigen Ausweis nach Deutschland gekommen. Das ist kein Zufall, sondern System. Innenminister Dobrindt scheint völlig machtlos oder schlicht unwillig zu sein, die Grenzen effektiv zu schützen. Wer ohne Papiere kommt, hat meistens etwas zu verbergen. Dennoch werden diese Personen registriert und versorgt, als wäre die Identitätsfeststellung eine reine Formsache. Deutschland bleibt der Magnet für ungesteuerte Zuwanderung, während die versprochene Wende der CDU lediglich auf dem Papier existiert.

Wir brauchen kein weiteres Zögern, sondern harte Kante zum Schutz unserer Heimat. Die AfD fordert die konsequente Zurückweisung an der Grenze für jeden, der sich nicht ausweisen kann. Es darf keinen Zutritt ohne Pass geben. Zwei Drittel dieser Zuwanderer müssten demnach sofort an der Grenze abgewiesen werden. Für den verbleibenden Teil gilt: Die Rückführung in die Heimatländer muss umgehend eingeleitet werden.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1452184049610572&set=a.797289411766709>



Welcher Pendler soll das bezahlen, Herr Merz?

2,16 Euro kostet der Liter Diesel - für Pendler, Handwerker und den Mittelstand kaum mehr finanzierbar. Gleichzeitig erklärt Kanzler Merz, die Öffnung des Weltmarktes für russisches Öl fände er "falsch". Dieser Mann hat entweder keine Ahnung von dem, was Du jeden Tag leisten musst, um Dir die Energiepolitik der CDU noch

leisten zu können - oder es ist ihm schlicht egal. Zeit für die AfD!

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1450902899738687&set=a.797289411766709>

Wem gehört die Simme?

Unsere politischen Gegner haben einen bizarren Kulturkampf vom Zaun gebrochen, nur weil sie uns den Zweiradspaß nicht gönnen wollen. Karneval ist zwar vorbei, aber wenn man nun sieht, wie sich der Reihe nach Thüringer Parteispitzen für einen Phototermin auf das Moped zwingen, bietet das reichlich Stoff für Büttreden. Mario Voigt wirkt auf dem Moped so deplatziert, (<https://www.insuedthueringen.de/media.media.7d5fbb0a-9a72...>) daß man sich schwer vorstellen kann, wie er sich ohne Stützräder im Sattel halten kann — und da reden wir noch nicht von seiner Politik. Das scheint auch seinem Social-Media-Team aufgefallen zu sein: Seither »bewertet« er auf TikTok Garagen-Schätze mit Teleprompter-Expertise.

Bodo Ramelow darf natürlich nicht fehlen. Nachdem Journalisten die Nachfahren des Simson-Gründers in den USA aufgestöbert und ihnen ein Anti-AfD-Statement abringen konnten, spielt er sich als Sprecher der Erbegemeinschaft auf. Dabei geht es nicht etwa um Entschädigungszahlungen — für die fühlte sich auch die DDR nicht zuständig — sondern um den Versuch, die Zweiradbegeisterung durch Markenrecht zu kanalisieren. Ramelows Partei machte die Werke weiland zu einem »Volkseigenen Betrieb«. Heute stört er sich daran, wenn nun das Volk Freude an den Zweitaktern hat. Die einstige SED- und heutige SPD-Zeitung »Freies Wort Suhl« macht sogar Werbung für seine albern Antifa-Simson-Nickis. (<https://www.insuedthueringen.de/inhalt.hoecke-moped-jetzt...>)



So tragisch die Simson-Familiengeschichte auch sein mag: Mit den Kult-Leichtkrafträdern haben die heutigen Erben etwa so viel zu tun wie das heutige Wokewagen-Management mit dem früheren Wirtschaftswunder: Sie haben nur den Namen gemein. Technisch wegweisend für die Nachkriegs-Motorradentwicklung waren Ingenieure wie Ewald Dähn, Helmut Pitz oder Michael Heise, Schwalbe, Sperber, S50 usw. verdanken wir Ingenieurkollektiven und der bekannte Gestalter Karl Clauss Dietel verpaßte (<https://www.sueddeutsche.de/.../karl-clauss-dietel-design...>) der Simson S 51 ihren unverwechselbaren Auftritt.

Man kann ein Kult-Objekt nicht politisch vereinnahmen. Ich fahre es, weil ich dabei Lebensfreude empfinde. Und ich glaube, daß spürt man auch, wenn man mit mir eine Ausfahrt macht. Die Simme gehört jedenfalls ihren begeisterten Fahrern und den Bastlern — und das bleibt auch so!
<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1747271793363129&set=a.599798814777105>



Eine Migrationswende gibt es nur mit der AfD!

Zwei Drittel der Asylbewerber, die 2025 nach Deutschland gekommen sind, hatten keinen Pass und durften trotzdem einreisen. Auch unter Merz hat die Regierung keine Kontrolle darüber, wer ins Land kommt.

Eine Migrationswende gibt es nur mit der AfD!

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1495456625281180&set=a.806241754202674>

2015 darf sich nicht wiederholen: Keine Aufnahme von Asylbewerbern aus dem Iran!

Italien und Dänemark schlagen Alarm: In einem gemeinsamen Schreiben an die EU-Spitzen warnen Giorgia Meloni und Mette Frederiksen vor massenhaften Fluchtbewegungen infolge des Kriegs im Iran und fordern eine „Notbremse“ gegen unkontrollierte Migration in die EU. Beide Regierungschefinnen erklären unmissverständlich, dass sich die Zustände von 2015 nicht wiederholen dürfen, und verlangen die volle Kontrolle über die europäischen Außengrenzen - während EU-Migrationskommissar Magnus Brunner beschwichtigt, die EU sei heute „besser vorbereitet“ als damals.



Genau diese Beschwichtigungen kennen die Bürger zur Genüge, denn auch 2015 hieß es zunächst, alles sei unter Kontrolle, bevor Hunderttausende unregistriert über offene Grenzen nach Deutschland strömten. Dass ausgerechnet Italien und Dänemark den Ton angeben müssen, während die deutsche Regierung unter Merz lediglich „an Beratungen teilnimmt“, offenbart das ganze Ausmaß der Führungsschwäche in Berlin. Die Folgen einer erneuten Migrationswelle träfe einmal mehr die deutschen Kommunen, Schulen und Sozialsysteme, die bereits jetzt am Limit operieren.

AfD-Bundessprecherin Alice Weidel fordert, dass Deutschland unmissverständlich klarmachen muss: Kein einziger Flüchtling aus dem Iran wird aufgenommen. Elf Jahre nach Merkels „Wir schaffen das“ und einer CDU, die in der Migrationspolitik zwar markige Worte findet, aber keinerlei konsequentes Handeln folgen lässt, braucht dieses Land endlich eine echte Kehrtwende — mit sofortigen Grenzsicherungen, Rückweisungen an den Außengrenzen und dem Ende jeder weiteren Aufnahmebereitschaft.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1455203445975299&set=a.797289411766709>



Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Milch-Milliardär Theo Müller: CDU könnte auch mit AfD regieren!

<https://www.bild.de/politik/inland/milch-milliardaer-theo-mueller-cdu-koennte-auch-mit-afd-regieren-69b81fcdd64ac9417f490059>

Bußgeld für Feuerwehrmann: Bürgermeister von Taucha entzieht Ordnungsamt die Zuständigkeit

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/feuerwehr-taucha-bussgeld-buergermeister-konsequenzen-100.html>

Mehr Geld für Meldeportale: Staatssekretärin Neukirch und Ferda Ataman unterzeichnen Abkommen

<https://ostdeutscheallgemeine.com/article/petzportale-sollen-mehr-geld-erhalten-sachsen-unterschreibt-vereinbarung-10025392>

Potsdamer Treffen: Gericht verbietet „Correctiv“ die Kernaussage

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/potsdamer-treffen-gericht-verbietet-correctiv-die-kernaussage/>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL



Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

[instagram.com/ja_oberlausitz](https://www.instagram.com/ja_oberlausitz)

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/

www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/

www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda

www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

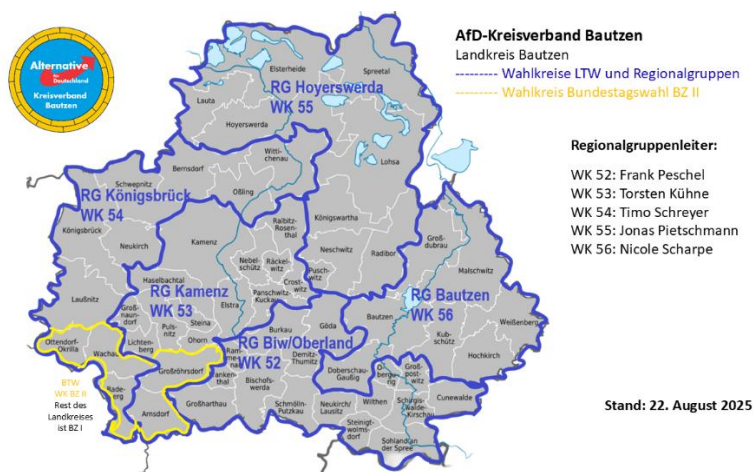
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen